

Die Geldmaschine

Wie Banken und Versicherungskonzerne die Unwissenheit der Bürger zu Geld machen

In diesem Beitrag geht es nicht um den „Zinsskandal“ – die Tatsache, dass im Durchschnitt rund 40% der Warenpreise aus Kapitalzinskosten bestehen, die die 10% Kapitalbesitzer von den restlichen 90% Nichtkapitalbesitzern kassieren. Thema ist hier der Skandal: dass die arbeitende Bevölkerung noch ein zweites Mal über den Tisch gezogen wird – beim Versuch, Risiken mit Versicherungen abzudecken und mit eigenem Geldkapital eine private Altersvorsorge aufzubauen.

Dass sie dabei von Banken und Versicherungen über den Tisch gezogen und wie eine Weihnachtsgans ausgenommen werden, bleibt den meisten Menschen verborgen. Ihr fehlendes Wissen äußert sich lediglich als dumpfes Unbehagen und Misstrauen gegenüber dem Finanzsektor, ein Unbehagen, das angesichts ihrer doppelten Benachteiligung auch völlig berechtigt ist. Aus Mangel an echtem Wissen geht man diesem Thema lieber aus dem Wege. Das ist aber kein Schutz gegen Übervorteilung: Unter dem Denkmantel guter Bekannter und Freunde ködern ganze Heerscharen neben- und hauptberuflicher Versicherungsvertreter ihre Opfer, die froh sind, die unangenehme Angelegenheit schnell hinter sich bringen zu können. Die Folge sind fast immer eine schlechte Beratung und Abschlüsse, die vor allem das Wohl des Provisionsjägers und nicht des Kunden im Auge haben. Auf diese Weise fließen im Laufe eines Berufslebens oft mehrere hunderttausend Euro an skrupellose Versicherungskonzerne oder Banken, die die Betroffenen besser für sich verwendet hätten.

Versicherungen – das Geschäft mit der „Sicherheit“.

Am Anfang stand eine gute Idee: Versicherungsvereine entstanden vor mehr als 200 Jahren, um individuelles Risiko gemeinschaftlich leichter tragen zu können. Bis vor rund 150 Jahren funktionierte diese Idee gerecht und problemlos, die Verwendung der Gelder war allen Mitgliedern einsichtig und niemand bereicherte sich auf Kosten der Gemeinschaft. Doch dann kamen clevere Geschäftsleute auf den Trick, diese Arbeitsweise zu kopieren und Versicherungs-Aktiengesellschaften zu gründen, wobei die Sicherheitszuschläge als privater Gewinn der Aktionäre missbraucht wurde und das Eigentum der Versicherten an ihren Beträgen abgeschafft wurde.

Vor hundert Jahren wurde der Wildwuchs so groß, dass der Ruf nach einer gesetzlichen Regelung immer lauter wurde. Doch was geschah? Die Politiker hörten wie heute nicht auf ihr Gewissen, sondern auf das Kommando des großen Geldes. Konkret: das Gesetz machte eine klaren und getrennten Verwendungsnachweis der Versichertenbeiträge für Versicherungsleistungen und für die Organisationskosten nicht zur Pflicht und legte damit den Grundstein für das heutige Versicherungsunwesen. Da half auch keine staatliche Aufsichtsbehörde mehr, deren Hände durch die falschen Gesetze gebunden waren und die heute bloß noch als staatliches Feigenblatt für betrügerische Praktiken erhalten muss.

Versicherungen sind heute fast schon eine Lizenz zum Gelddrucken. Die Verwendung der Versicherungsbeiträge bleibt im Dunklen, jede Gesellschaft kann beliebig ihre Gewinne erhöhen und darf sich auch bei Missmanagement mit den Versichertenbeiträgen aus der Patsche helfen. Im Durchschnitt wird bei Unfallversicherungen weniger als ein Drittel für Versicherungsleistungen ausgezahlt, bei der Kfz-Insassenunfallversicherung weniger als 10%. Der große Rest fließt unter dem Deckmantel von Rückstellungen und Gewinnen in fürstliche Vorstandsgehälter und üppige Provisionszahlungen an die Versicherungsvertreter, die um so mehr verdienen, je mehr Geld sie ihren Kunden mit unnötigen oder überbewerteten Versicherungen aus der Tasche ziehen.

Alle Appelle von Verbraucherschützern oder informierten Bürgern prallen an der Mauer einer festgeschmiedeten Allianz aus „Wissenschaft“, Medien und Gesetzgebung ab, die alle von den gigantischen Geldströmen aus den Taschen der Versicherungsnehmern profitieren. So besorgt sich der Staat einen nicht unbeträchtlichen Teil seiner Kredite bei der Versicherungswirtschaft, umgekehrt hält er dieser den Rücken frei gegen die Forderungen nach Offenlegung der Gelder.

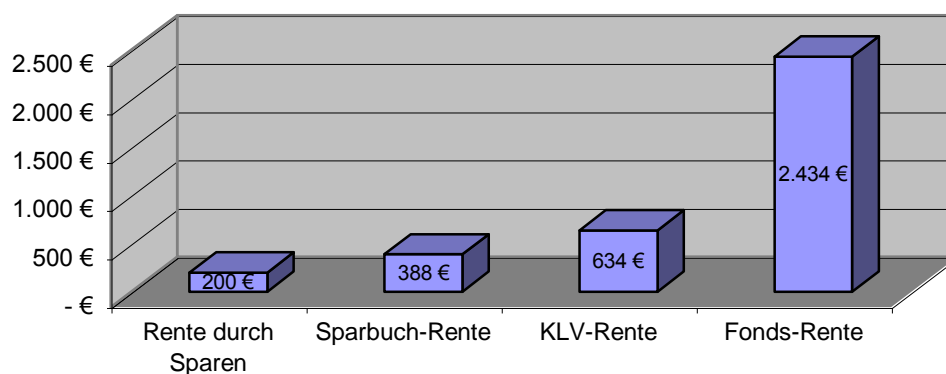
Altersvorsorge

Nachdem die gesetzliche Rentenversicherung wegen der zunehmenden Zahl von Rentnern (2030 wird auf jeden Arbeitnehmer ein Rentner kommen) immer schlechter und unsicherer wird, muss der Bürger dieses Defizit mit einer privaten Rentenversicherung ausgleichen. Dazu gäbe es prinzipiell zwei Möglichkeiten:

Altersvorsorge als Versicherung. Bei dieser theoretischen Möglichkeit gibt es keine Zinsen, sondern nur das während der Berufszeit angesparte Altersruhegeld. Eine Altersversicherung würde mit diesem Geld das Risiko eines hohen Alters ausgleichen, die Rentenhöhe entspräche dem angesparten Betrag, dividiert durch die Zahl der Monate von Rentenbeginn bis zur durchschnittlichen Lebenserwartung.

Altersvorsorge als Kapitalrente. In der Praxis gibt es eine solche private Altersversicherung aber nicht, sondern nur eine private Kapitalrente, weil diese auch mit niedrigen Zinsen über einen Zeitraum von 30-40 Jahren ein Mehrfaches der angesparten Beitragszahlungen erreicht. Der Rentner lebt von der Kapitalrente, also vom Zins seines Kapitals, das als solches erhalten bleibt und auch weitervererbt werden kann.

Alternativen der monatlichen Privatrente

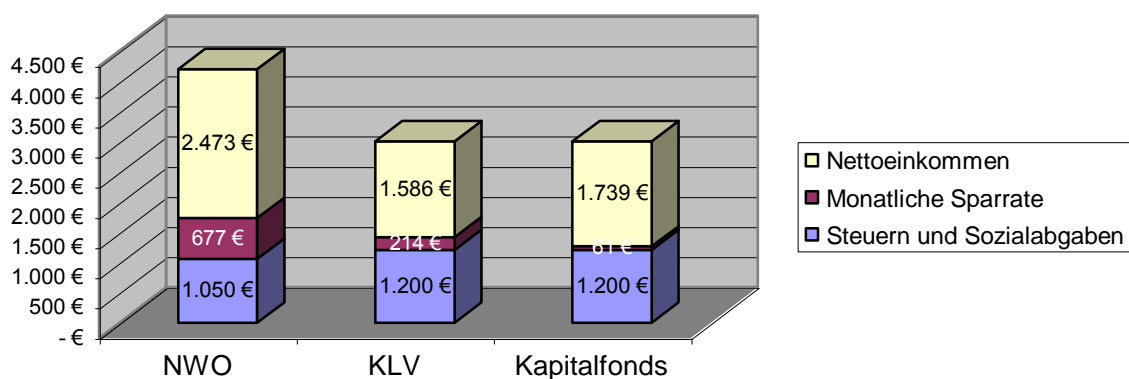


Die Tabelle „Alternativen der monatlichen Privatrente“ zeigt die Unterschiede zwischen Spar-Rente und Kapitalrente bei einer monatlichen Sparrate von 100 Euro bei 40 Jahren Berufstätigkeit und einer Rentenzeit von 20 Jahren – also halb so lang wie die Arbeitszeit.

Die Kapitalrente hängt entscheidend vom Zinssatz ab, wie die Tabelle zeigt. Das Sparbuch mit 3% ist als Alterssicherung kaum geeignet, es deckt in der Regel gerade einmal den Kaufkraftverlust durch die Inflation ab. Auch die Ergebnisse der Kapital-Lebensversicherung sind als Kapitalanlage gegenüber einer Fondsanlage mit 10% Rendite nur als mager zu bezeichnen.

Am effektivsten für eine Altersvorsorge wäre dagegen die Einführung der Natürliche Wirtschaftsordnung (NWO). Die Tabelle „Haushaltsbudgets und Alterssicherung“ geht als Rechenbeispiel von einem Bruttoeinkommen von 3000 Euro und einem Nettobetrag von 1800 Euro pro Monat aus. Die Rente soll 75% des Nettoeinkommens, also 1350 Euro betragen.

Haushaltsbudgets und Alterssicherung



In der NWO verschwindet nicht nur der Kapitalzins, sondern damit auch der Kapitalkostenanteil von 40% in den Konsumausgaben des Haushalts, den Staatsausgaben und den Sozialversicherungsbeiträgen. Damit steigt auch das Bruttoeinkommen, genauer gesagt, die Kaufkraft des Bruttoeinkommens, um 40%. Das entspricht einem neuen Bruttoeinkommen von 4200 Euro. Der Anteil der Steuern und Sozialabgaben sinkt dagegen, da die NWO zu Vollbeschäftigung führt, was auch die Sozialabgaben entlastet. Dazu kommen noch die Pachteinnahmen des Staats nach einer Bodenreform, die den Bürgern entweder über Steuernachlässe oder durch direkte Pro-Kopf-Zahlungen zugute kommen.

Daher erhöht sich das Nettoeinkommen in der NWO um rund 2/3 von 1800 auf 3150 Euro. Mit einem solchen üppigen Einkommen kann problemlos eine Spar-Rente bzw. Rentenversicherung aus Spargeldern ohne Kapitalzins finanziert werden. Sie erfordert in diesem Fall eine Sparleistung von 677 Euro pro Monat, um eine Rente von 1350 Euro zu sichern. Es bleibt immer noch ein im Vergleich zum Kapitalismus deutlich höheres echtes Nettoeinkommen von 2473 Euro übrig.

Leider leben wir aber noch im Kapitalismus, und da zählt nur das Kapital bzw. der Kapitalzins. Es ist nun nicht etwa so, dass die niedrigen Zinsen beim Sparbuch oder bei der Kapital-Lebensversicherung (KLV) an den Kreditnehmer weitergegeben werden. Banken und Versicherungsunternehmen scheffeln bei der Kreditvergabe dank hochspezialisierte und effizienter Abteilungen durchschnittlich mehr als 15% Rendite. Die Differenz zum 3%-Sparbuch und zur 5%-Kapital-LV verschwindet auf Nimmerwiedersehen in dunklen Kanälen. Zum Abschluss möchte ich zeigen, wie der Gesetzgeber dabei mitgeholfen hat.

Kapital-Lebensversicherung – legaler Betrug.

So lautet die Überschrift im sehr empfehlenswerten Buch „Ratgeber Versicherung und Altersvorsorge“ von Hans Dieter Meyer, dem die meisten Informationen zu diesem Beitrag entnommen sind. Der Autor, der für den „Bund der Versicherten“ tätig ist, versteht unter „legalem Betrug“: „Hunderte von Milliarden Mark falsch angelegt, Millionen Bundesbürger getäuscht, miserabel versichert und um Hunderte von Milliarden Mark betrogen.“

Bei der KLV werden zwei Dinge durcheinander geworfen, die nichts miteinander zu tun haben: die Versicherung gegen Todesfall und Berufsunfähigkeit und die Alterssicherung durch eine Kapitalrente. Würde beides getrennt, dann hätte der Kunde eine wesentlich höhere Absicherung im Todesfall und gleichzeitig eine drei- bis fünfmal so hohe Kapitalrente. Doch dank der geschickten Werbestrategie der Banken und Versicherungskonzerne, die diese Tatsachen verschleiern und die Begriffe durcheinanderbringen, haben inzwischen 80 Millionen Deutsche 200 Millionen Kapital-LVs abgeschlossen. Sie sind damit, ohne es zu wissen, miserabel gegen Tod, Unfall und Altersarmut versichert – im Gegensatz zu den 400.000 „Anlagenberatern“ in Deutschland, die am Unwissen der Bürger verdienen.

Dieser Betrug am Kunden ist völlig legal, die Lobby der Bankkonzerne und Versicherungsgesellschaften haben nämlich das Minderwert- und das Buchwertprinzip durchgedrückt, das es ihnen erlaubt, die auszuzahlenden Gewinne künstlich niedrig zu rechnen. Das Minderwertprinzip besagt, dass der niedrigste Wert einer Aktie während der gesamten Laufzeit der LV die Grundlage für die Gewinnermittlung bildet. Wenn also eine Siemensaktie in 30 Jahren einmal auf 4000 Punkte absinkt, während sie vorher und auch zum Auszahlungszeitpunkt 6000 Punkte wert ist, dann darf die Gesellschaft den Gewinn bzw. Verlust dieses „Niederwertes“ im Vergleich zum Versicherungsbeginn anrechnen. Die wirklichen Gewinne der Gesellschaft verschwinden auf Nimmerwiedersehen in dubiosen Rückstellungen, stillen Reserven und ähnlichen Konstrukten, aus denen sich dann die Insider bedienen.

Sparbücher. Noch immer bilden Sparbücher das Rückgrat der privaten Altersvorsorge, obwohl sie mit Zinssätzen von 1-3% oft noch nicht einmal das Inflationsrisiko absichern. Was machen die Banken mit den anvertrauten Milliardensummen? Sie dürfen sich bei der Landeszentralbank das 12,5-fache der Sparbucheinlage zu niedrigen Zinsen besorgen und diese gewinnbringend mit Renditen von rund 15% anlegen. Ein Sparbuch von 10.000 Euro bedeutet eine Anlagesumme von 135.000 Euro. Bei einer Rendite von nur 10% bringt unser Sparbuch der Bank also jedes Jahr 13.500 Euro Gewinn. Kein Wunder, dass die Geldanlage-Berater der Bank nicht müde werden, das Sparbuch zu empfehlen.

Angesichts dieser Geschäftemacherei auf der Grundlage von Desinformation und fehlender Transparenz sind in den letzten Jahren einige neue Gesellschaften entstanden, die auf der Grundlage ausgefeilter Computerprogramme eine unabhängige Beratung der Kunden bieten. Ihr rasantes Wachstum zeigt, dass sie auf eine echte Marktlücke gestoßen sind.